

Krankenhaus finanzierung und Grundgesetz

Rechtsgutachten

zum Entwurf eines Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze

erstattet von

Dr. Dr. h. c. Otto Bachof

ord. Professor des öffentlichen Rechts an der
Universität Tübingen

unter Mitarbeit von

Dr. Dieter Helmut Scheuing

Wiss. Assistent an der Universität Tübingen

Juli 1971 Verlag W. Kohlhammer

INHALT

A. Gutachtauftrag	9
B. Sachverhalt	10
C. Gutachten	17

ERSTER TEIL:

Einige Grundvorstellungen des E-KHG; rechtliche Problematik und Folgerungen

1. Der Gesetzeszweck (§ 1 E-KHG)	17
2. Die Kritik der Krankenhausträger	18
3. Die grundsätzliche Freiheit des Gesetzgebers bei der Wahl der Problemlösung	19
4. Verfassungsrechtliche Konsequenzen der gewählten Problemlösung	24

ZWEITER TEIL:

Vorschriften über Krankenhauspfllegesätze

I. Die Rechtslage bei bestehenden privaten und freigemeinnützigen Krankenhäusern	26
1. Vereinbarkeit der Pfllegesatzregelung mit Art. 14 GG.....	26
a) Die Geltung der Eigentumsgarantie für private und freigemeinnützige Krankenhäuser	26
b) Die Festsetzung der Pfllegesätze als Eingriff in das Recht am Unternehmen privater und freigemeinnütziger Krankenhäuser	30
c) Die Abgrenzung von entschädigungsloser Eigentumsbindung und entschädigungspflichtiger Enteignung (allgemein)	35
d) Die höchstrichterliche Abgrenzung von eigentumsbindenden und enteignenden Eingriffen in das Recht am Unternehmen, insbesondere durch Preisfestsetzungen.....	38
e) Die Abgrenzung im Schrifttum	44
f) Zusammenfassung und Folgerungen	45
g) Vereinbarkeit von § 17 Abs. 1 - 3 E-KHG mit Art 14 GG	49
h) Vereinbarkeit von § 17 Abs. 4 E-KHG mit Art. 14 GG ..	53
i) Vereinbarkeit von § 13 E-KHG mit Art. 14 GG	56

2. Vereinbarkeit der Pflegesatzregelung mit der kirchlichen Vermögensgarantie des Art. 140 GG/Art. 138 Abs. 2 WRV	57
3. Vereinbarkeit der Pflegesatzregelung mit Art. 12 GG	61
a) Rechtslage bei privaten Krankenhäusern	61
b) Rechtslage bei freigemeinnützigen Krankenhäusern	63
4. Vereinbarkeit der Pflegesatzregelung mit Art. 2 Art. 1 GG ..	64
II. Die Rechtslage bei der Neugründung privater und freigemeinnütziger Krankenhäuser	66
1. Vereinbarkeit der Pflegesatzregelung mit Art. 14 GG.....	67
2. Vereinbarkeit der Pflegesatzregelung mit der kirchlichen Vermögensgarantie des Art. 140 GG/Art. 138 Abs. 2 WRV	68
3. Vereinbarkeit der Pflegesatzregelung mit Art. 12 GG	69
4. Vereinbarkeit der Pflegesatzregelung mit Art. 2 Abs. 1 GG ..	69
III. Die Rechtslage bei kommunalen Krankenhäusern	70
 DRITTER TEIL:	
<i>Förderung der Krankenhäuser</i>	
I. Selektive Förderung und Entschädigungsfunktion der Fördermittel	72
II. Inhaltliche Ausgestaltung der Pläne	75
1. Krankenhausbedarfspläne	75
2. Krankenhausbauprogramme	77
3. Unvollständigkeit der bundesgesetzlichen Regelung	77
4. Ergänzende Bestimmungen der Länder über Ansprüche der Krankenhausträger	79
5. Ergänzende Bestimmungen der Länder über die Krankenhausstruktur	79
a) Zur Bundeskompetenz	79
b) Zur Landeskompetenz	82
c) Inhaltliche Schranken der Regelungsbefugnis der Länder..	84
III. Ausgestaltung des Planungsverfahrens	87
IV. Verwaltungsgerichtliche Kontrolle der Planung	88
V. Gewährung der Förderung	91
1. Förderungsansprüche der Krankenhäuser nach Aufnahme in die Planung	91

2. Sicherung der zweckentsprechenden Mittelverwendung	92
a) Bedingungen und Auflagen	92
b) Haushaltsrechtliche Prüfungsbefugnisse	93
c) Rückzahlungspflichten	95
VI. Beendigung der Förderung als Folge der Planänderung ..	96
1. Zulässigkeit von Planänderungen	97
2. Entschädigungsansprüche der Krankenhäuser	97
D. Zusammenfassung der Ergebnisse	101
Anhang: Text des Gesetzentwurfs	109